

(Normative) Sozialwissenschaft im gesellschaftlichen Kontext – oder wie die Zukunft neu gedacht werden kann

Sybille De La Rosa

Zusammenfassung: Der Aufsatz verfolgt das Ziel, im Rückgriff auf politische Theorien aufzuzeigen, dass die Verwicklung der Fluchtforschung in politische Kämpfe und die Infragestellung der wissenschaftlichen Autorität zwar mit einem Rückzug auf funktionalistische Positionen beantwortet werden können, damit aber eine (Selbst)Beschränkung einhergeht, welche in diesem Aufsatz beleuchtet werden soll.

1. Einleitung

Die Debatten zur Flüchtlingsforschung machen deutlich, dass Forschung verschiedene Perspektiven auf das soziale Phänomen der Flucht einnehmen kann und dabei auf unterschiedliche Interessen reagiert.¹ So kann sie etwa die Sicht der Flüchtenden aufgreifen und sich an der Frage ausrichten, wie deren Situation verbessert werden kann. Sie kann aber auch die Perspektive derer aufgreifen, die Flüchtlingspolitik betreiben und danach fragen, wie mit Flüchtenden so umgegangen werden kann, dass es den (wirtschaftlichen) Interessen der Zielgemeinschaft(en) entspricht und diese befördert (siehe hierzu auch Kleist 2015: 157). Diese Perspektivenvielfalt ist kein Mangel oder Defizit, sondern spiegelt die verschiedenen Sichtweisen, Positionen und Interessen in einer demokratischen Gesellschaft wider. Der Wunsch diese Vielfalt und den konstruktiven Streit zwischen ihnen zu beenden und an deren Stelle eine objektive Wahrheit zu setzen, um die Debatten zu beenden, oder die Suche nach guten Problemlösungen durch Lügen zu ersetzen, ist für eine demokratische Gesellschaft viel gefährlicher als die manchmal verwirrende und anstrengende Perspektivenvielfalt.

Ziel dieses Aufsatzes ist es im Rückgriff auf politische Theorien aufzuzeigen, dass die Verwicklung der Fluchtforschung in politische Kämpfe und die Infragestellung der wissenschaftlichen Autorität zwar mit einem

1 Dieser Beitrag ist 2018 entstanden.

Rückzug auf funktionalistische Positionen beantwortet werden kann, damit aber eine (Selbst)Beschränkung einher geht, die sich aus einer demokratietheoretischen Perspektive zumindest als alleinige Forschungslogik verbietet. Es wird gezeigt werden, dass der funktionalistische Ansatz die wissenschaftliche Wahrheitssuche auf Tauschgeschäfte zwischen Wissenschaft und ressourcenstarken Teilsystemen der Gesellschaft einschränkt. Für eine Demokratie ist diese Entscheidung folgenreich, denn die Wissenschaft trägt so dazu bei, dass Machtasymmetrien weiter verstärkt und nicht verringert werden. Eine wissenschaftliche Forschung, die zur demokratischen Problemlösung beitragen möchte, muss dagegen die Freiheit und die Möglichkeiten haben, um auch die Erkenntnisinteressen anderer gesellschaftlicher Gruppen aufzugreifen, die sich kein Tauschgeschäft leisten können. Neben vielen kleineren zivilgesellschaftlichen Gruppen zählen dazu auch Menschen mit Fluchterfahrung. Ich werde daher weiter argumentieren, dass es der Fluchtforschung gelingen muss nicht nur advokatorisch für verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu sprechen, sondern die eigentliche Herausforderung darin liegt, neue wissenschaftliche Herangehensweisen zu etablieren mit welchen es möglich wird, Forschung *mit* ausgegrenzten Gruppen und nicht nur *über* ausgegrenzte Gruppen durchzuführen. Erst eine partizipative Forschung, welche auch die Erkenntnisinteressen der Betroffenen angemessen aufgreift und bearbeiten kann, so die These, ihrer demokratischen Verantwortung gerecht werden, weil es in einer lebendigen Demokratie immer darum gehen muss die Perspektiven möglichst aller Betroffenen miteinzubeziehen. Der Aufsatz mündet daher in einen ersten Aufschlag eines Kriterienkatalogs, welcher versucht eine Perspektive für die Fluchtforschung zu skizzieren, die sich für verschiedene Sichtweisen, öffnet und auch erlaubt die Entwicklung neuer demokratischer Werte zu denken.

Hintergrundfolie der Argumentation bilden zwar primär die politische Theorie und die Politikwissenschaft, die Relevanz der Überlegungen für andere Bereiche wie die Psychologie, die Soziologie aber auch die Rechtswissenschaft jedoch liegt darin, dass auch sie alle (implizit oder explizit) Tauschgeschäfte mit anderen Teilsystemen der Gesellschaft machen. Diese gilt es, ebenso wie tradierte Denkkategorien zu reflektieren, wenn die Forschung Teil von demokratischen Problemlösungsstrategien sein soll in deren Möglichkeitsrahmen es liegt, die Zukunft unter Mitwirkung aller gesellschaftlicher Gruppen neu zu denken und auszuhandeln.

2. Die Verwicklung der Flüchtlingsforschung in politische Kämpfe

Auf die Verwicklung der Flüchtlingsforschung in politische Kämpfe gibt es bisher mindestens drei Reaktionen aus der Wissenschaft: Die erste Reaktion besteht darin die Flüchtlingsforschung selbst zum Gegenstand der Forschung zu machen. In diesem Sinne fordert Roger Zetter eine Forschung über die Forschung, welche klärt, von wem oder was die Forschung beeinflusst wird. Er hat dabei vor allem die Politik und die Bürokratie im Blick (Zetter 1991). Die zweite Reaktion besteht in der Forderung nach einer ständigen (Selbst-)Reflexion der Forschenden über Machtverhältnisse. Da Fluchtforschung immer auch in andere Theorien und Konzepte eingebettet ist, fordert Stephen Castles (2003) die Aufdeckung der Machtverhältnisse in der Wissensproduktion und verweist damit auch auf die epistemischen Voraussetzungen der Forschung. Reflektiert werden müssten also nicht nur die politischen und bürokratischen Einflussfaktoren auf die Flüchtlingsforschung, sondern auch deren konzeptuelle und theoretische Prämissen. Das umfasst auch die Frage, ob Flüchtende und Geflüchtete überhaupt zu Objekten von Praxis und Wissenschaft gemacht werden sollten, wie dies in der bisherigen Forschung der Fall ist (Landau 2012). Die dritte oft auch für populistische Zwecke genutzte Reaktion besteht darin, eine *neutrale* oder *objektive* Flüchtlingsforschung einzuklagen, wobei hier meist gänzlich der Nachweis fehlt, wie eine solche Neutralität oder Objektivität überhaupt sichergestellt werden kann (Richter 2016).

In der publizistischen Debatte zur Flüchtlingsforschung zeigt sich ein Problem, mit welchem sich die Sozialwissenschaften häufig konfrontiert sehen. Sie sollen einerseits für die Gesellschaft relevante Forschung produzieren, andererseits sollen sie dabei eine Distanz wahren und objektives Wissen zur Verfügung stellen. Dabei wird verdrängt, dass (sozial)wissenschaftliche Wissensproduktion immer an Erkenntnisinteressen rückgebunden und Forschung, insbesondere politikwissenschaftliche Forschung, so immer auch selbst ein Teil der Gesellschaft ist (Habermas 1973: 261). Zudem ist sie immer auch mindestens in dem Sinne normativ, dass sie durch ihre Analysekategorien zumindest implizite Annahmen über die Wünschbarkeit gewisser gesellschaftlicher Zustände macht oder nahelegt (Knobloch 2016: 108). Sie ist eben keine externe Instanz, welche Entscheidungen, die politischer Natur sind objektiv auflösen kann, sondern eine (wenn auch im besten Fall stark reflektierte und differenzierte) Perspektive unter anderen. Dieses Problem hat also die Flüchtlingsforschung nicht

allein, an ihr wird es nur besonders deutlich sichtbar und verweist auf das ungeklärte Verhältnis zwischen Sozialwissenschaften und Gesellschaft.

Die politische Theorie reflektiert dieses Problem vor dem Hintergrund der politikwissenschaftlichen Entwicklung, weshalb es hier sinnvoll erscheint, einen Bezug zu einigen theoretischen Überlegungen herzustellen, um mögliche Optionen im Umgang mit dem Problem in den Blick zu bekommen. Es lassen sich zwei Tendenzen beobachten: Während sich einige Sub-Disziplinen zunehmend stärker an den Naturwissenschaften orientieren und mit empirischen, meist quantitativen Methoden die Objektivität des produzierten Wissens zu garantieren suchen und ein funktionalistisches Selbstverständnis entwickelt haben, finden vor allem, aber nicht nur, in der deutschen und lateinamerikanischen politischen Theorie immer wieder Überlegungen darüber statt, welche Rolle eine Wissenschaft (noch) spielen könnte, die nicht mehr den Anspruch einer externen, objektiven Instanz erhebt, sondern als eine Teilnehmerin unter anderen an politischen Diskursen teilnimmt und zu einer kritischen politischen Diskussionskultur beiträgt. Nicht, indem sie den Anspruch erhebt die Debatten mittels objektiven Wissens entscheiden zu können, sondern indem sie (etwas bescheidener im (Mach-)Anspruch) dazu beiträgt, die Breite der diskutierten Positionen und Perspektiven zu garantieren und Verfahren für die öffentlichen Debatten und für die Entscheidungsfindung bereitzustellen.

Da das funktionalistische Selbstverständnis in der (Politik-)Wissenschaft häufig gelebt aber eher selten theoretisch expliziert und reflektiert wird, werde ich im Folgenden vor allem auf Uwe Schimanks Überlegungen (Schimank 2012) dazu zurückgreifen und versuchen aufzuzeigen, warum ein funktionalistisches Selbstverständnis durchaus seine Berechtigung hat, aber zugleich nicht als einzig legitimes Selbstverständnis gehandelt werden sollte. Ich werde argumentieren, dass (systemtheoretisch gedacht) die Rolle der Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Politikwissenschaft im Besonderen darin gesehen werden kann, Wissen für die anderen Teilsysteme zur Verfügung zu stellen. Während die Systemtheorie aber davon ausgeht, dass dies nur dann geschieht, wenn die anderen Teilsysteme in der Lage sind, Druck (etwa über die Vergabe oder Nicht-Vergabe von Ressourcen) aufzubauen, ist es aus demokratietheoretischer Perspektive höchst problematisch, wenn die Produktion von Wissen nur für ressourcenstarke Teil-

systeme und Akteure erfolgt.² Denn so kann etwa nicht sichergestellt werden, dass für die Gesellschaft als Ganze wichtiges Wissen produziert wird. Wissen als Ressource für die sowieso schon Ressourcenstarken verstärkt Machtungleichgewichte und verfestigt Herrschaftsstrukturen und wirkt so der demokratischen Idee entgegen anstatt sie zu stärken. Die systemtheoretische Perspektive hat, so meine These, eine analytische Stärke und hilft beim Verstehen. Sie bietet aber aus dem genannten Grund keine angemessene Hintergrundfolie für ein sozialwissenschaftliches Selbstverständnis im Rahmen einer demokratischen Ordnung.

3. Wissenschaft als Tauschgeschäft

Die Wissenschaft wie wir sie kennen entstand, so Schimank, während der Renaissance als sich die scholastische Philosophie mit der Handwerker-Technologie zusammenschloss und logisch geschulte Theoriebildung und empirisch fundiertes Wissen zusammenbrachten, um sich gegen die Theologie zu wenden. Die Hoffnung war auf ein Wissen gerichtet, welches nicht länger an religiösen Dogmen orientiert war, sondern sich in der Empirie bewähren konnte. Es entstand ein Wissenschaftsverständnis, welches sich an der Produktion wahrer Erkenntnisse orientierte, welche mittels Methoden aus empirischen Erfahrungen gewonnen werden sollten (Schimank 2012: 114). Zum binären Code des Wissenschaftssystems wurde die Unterscheidung von *wahr/unwahr*. An ihr orientieren sich seither die wissenschaftlichen Debatten gleich, ob es um eine statistische Prüfung oder die hermeneutische Deutung eines Textes geht (Ebd. 115).

Das Wissenschaftssystem ist, so Schimanks Analyse, an andere gesellschaftliche Teilsysteme rückgebunden. Nutzenerwartungen an das wissenschaftliche Teilsystem kommen aus der (Bildungs-)Politik, sowie aus der Wirtschaft, dem Militär und dem Journalismus (Ebd. 118). Wenn, so Schimank, also Forscher:innen merken, dass sie für bestimmte Forschungsthemen finanzielle Fördermittel, etwa von Unternehmen, bekommen können, »werden sie sich in dem Maße auf diese Forschungspräferenzen einstellen, wie die eigenen Prioritäten sich mit diesen Präferenzen kompatibilisieren lassen und andere Finanzierungsquellen versiegen« (Ebd. 119). Und, so

2 Ich bestreite damit durchaus nicht die Möglichkeit Luhmanns systemtheoretische Überlegungen gesellschaftskritisch zu deuten, wie dies etwa Albert Scherr in seinem Text »Systemtheoretische Differenzierungstheorie als kritische Gesellschaft« (2016) getan hat.

Schimank weiter: »Bei diesem ›Tauschgeschäft‹ denken die Forscher nur an ihre Forschungsagenda, für die sie Geld benötigen: die Unternehmen denken nur an den Gewinn, wofür bessere Technik hilfreich sein kann; und beide Seiten sind einander trotz ihres Eigeninteresses von Nutzen« (Ebd. 119).

Dass Forscher:innen im Rahmen dieser Handlungslogik noch eigene Forschungsfragen verfolgen und die Forschung nicht unmittelbar am Ressourcenfluss ausrichten, ist nur der beste aller Fälle, wie auch die weiteren Überlegungen von Schimank nahelegen.

Wissenschaftler:innen, so Schimank, registrieren und antizipieren welche neuen Fragen und Richtungen der Antwortsuche sich an der »Forschungsfront« ergeben und entwickeln, unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Forschungslinie, Karrierestrategien, Ressourcen und Reputationsmotive eine Strategie. Sie werden dabei von Konkurrenz um Reputation, begehrte Positionen und Ressourcen angetrieben (Ebd. 115). Die Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Problemlagen gehört nicht zu den Motiven von denen Schimank die Forscher:innen getrieben sieht. Vielmehr stehen die eigene Reputation und der Konkurrenzkampf im Vordergrund. Mit jeder Publikation, so Schimank, wird behauptet eine neue Wahrheit gefunden zu haben. Viele dieser Wahrheitsbehauptungen werden niemals publiziert, weil sie schon von *Peers* mit dem Argument aussortiert werden, dass es sich dabei nicht wirklich um einen Erkenntnisfortschritt handle (Ebd. 116). Schimank zieht daher das Fazit: »Wissenschaftliche Wahrheitssuche funktioniert somit wie die biologische Evolution« (Ebd.). Durch die Verwendung einer Metapher aus der Biologie erweckt er den Eindruck, als handle es sich dabei um einen natürlichen Vorgang, welcher vom Menschen nicht verändert werden kann. Der Mensch greift jedoch permanent in natürliche und soziale Abläufe ein und verändert sie – das haben die Debatten um den Konstruktivismus deutlich gezeigt. Menschen haben (zumindest als Kollektiv) die Macht und die Möglichkeit ihre Umwelt zu verändern und so haben auch Wissenschaftler:innen die Möglichkeit ihre Arbeitsprozesse anders zu strukturieren und Forschungsthemen an etwas anderem als am Ressourcenfluss auszurichten. Es liegt an den Forschenden die Wahrheitssuche an der Lösung gesellschaftlicher Problemlagen zu orientieren statt am Ressourcenfluss und persönlichen Geltungsbedürfnissen. Sie können Finanzierungslogiken problematisieren, thematisieren und gesellschaftlich relevante Themen als Forschungsthemen aufgreifen, auch wenn das größere Anstrengungen erfordert, schlicht, weil es in einer demokratischen Gesellschaft geboten ist. Die von Schimank verwendete Naturalisierung der

Wahrheitssuche dient hier also nur der Stabilisierung der nicht bewiesenen Behauptung, es handle sich um ein natürliches und damit unveränderliches Phänomen, anstatt die gesellschaftliche Verantwortung der Forscher:innen zu thematisieren.

Was durch Schimanks systemtheoretische Analyse jedoch deutlich wird, ist die Einbindung des Wissenschaftssystems in die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme durch die Nutzen-Erwartungen, die aus diesen an das Wissenschaftssystem herangetragen werden. Damit wird aber auch deutlich, dass das Wissenschaftssystem gerade nicht außerhalb oder oberhalb der Gesellschaft als neutrale Instanz Wissen produziert, sondern angestoßen und finanziell unterstützt durch andere gesellschaftliche Teilsysteme Wissen hervorbringt, welches in anderen Teilsystemen als nützlich gilt. Schimank legt nahe, dass dies legitim sei, solange sich die gesellschaftlichen Teilsysteme wechselseitig von Nutzen sind und macht damit eine weitere normative Aussage von Gewicht. Denn demokratietheoretisch sind diese »Tauschgeschäfte« aus zwei Gründen äußerst problematisch: Erstens, weil die ressourcenarmen Teilsysteme bzw. Bevölkerungsgruppen so keinen Zugriff auf die Produktion von für ihre Belange relevantes Wissen bekommen und zweitens, weil die Wissenschaft als Tauschpartnerin aufhört sich zu fragen, welche Auswirkungen diese Tauschgeschäfte zwischen dem Wissenschaftssystem und den anderen Teilsystemen auf die Gesellschaft als Ganze haben.³

Im Gegensatz dazu wird im Rahmen von demokratietheoretischen Überlegungen immer wieder die Frage aufgeworfen, ob und wie Forschung der Tatsache Rechnung tragen müsste, dass sie innerhalb einer demokratischen Ordnung erfolgt und Wissen für eine demokratische Gesellschaft erzeugt. So plädiert etwa Peter Niesen dafür, den Vorschlag von A.R.L. Gurland aufzugreifen und davon auszugehen, dass es für die politische Theorie einen Unterschied macht, ob sie »in einer demokratischen Gesellschaft betrieben wird« (Niesen 2007: 142) oder eben nicht, denn, so Gurland:

»[N]ur in einer Demokratie kann von einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit Politik überhaupt die Rede sein. Nur dort herrscht umfassende Äußerungsfreiheit, darunter die Freiheit zur Publikation von Forschungsergebnissen, die in der Lage sind, die gesellschaftliche Machtverteilung zu exponieren. Wird dieser Zusammenhang anerkannt, verbinden sich damit auch praktische Folgen« (Gurland 1952: 33–38).

3 Eine kritische Auseinandersetzung mit Luhmanns systemtheoretischem Modell der reinen Norm findet sich in Möllers (2015: 440 ff).

Voraussetzung dafür ist jedoch eine Wissenschaft, die es sich leisten kann, die gesellschaftliche Machtverteilung zu exponieren, was unwahrscheinlich ist, solange sie auf Tauschgeschäfte angewiesen ist, aber manchmal geschieht, da nicht alle Forscher:innen der von Schimank beschriebenen Handlungslogik und Motivation folgen, sondern Verantwortung für die gesellschaftlichen Entwicklungen übernehmen.

4. Wissenschaft im Dialog mit anderen Teilsystemen

Die gegenwärtigen Entwicklungen und die Debatte über ›postfaktische‹ Politik oder ›postfaktische‹ Wahrheit macht deutlich, wie sehr der binäre Code von *wahr* vs. *falsch*, welcher die naturwissenschaftliche Wissenschaft und auch in stark abgeschwächter Form die Medien geprägt hat, in eine Krise geraten ist. *Fake News* und die Technologien zu deren Verbreitung haben den traditionellen Schulterschluss von Politik, Wissenschaft und Medien aufgebrochen und eröffnen den Kampf um die Produktion von »Wahrheit«. Benötigt werden daher neue und andere Kriterien, die den Bürger:innen ebenso wie den Politiker:innen dabei helfen, gute politische Urteile zu fällen und Entscheidungen zu treffen. Es stellt sich jedoch die Frage, wer diese zur Verfügung stellen kann. Stellt man diese Frage an die sogenannte postmarxistische Theorie so erhält man von Ernesto Laclau die Antwort, dass der Begriff der Ideologiekritik obsolet und die Kritik damit weitgehend beliebig geworden ist, weil hegemonial gewordene sprachliche Elemente immer ideologischer Natur sind. Es kann also nur noch widerstreitende ideologische Elemente geben (Laclau 2006: 113). Die Krise der Wissenschaft wird so auch zur Krise einer Gesellschaftskritik, welche sich auf eine kühle Analyse der Gegenwart zurückzieht und sich weigert, normative Maßstäbe zur Verfügung zu stellen oder ohne Umschweife populistische Entwicklungen unterstützt.

Eine andere Möglichkeit darauf zu reagieren zeigt James Tully auf, indem er Philosophie als kritische Praxis betrachtet, welche einerseits Herrschaftspraktiken analysiert, andererseits aber auch kommunikative Verfahren zur Verfügung stellt, um neue Normen auszuhandeln, ohne für sich ein objektives Wissen in Anspruch zu nehmen. Sie stellt für die demokratische Gesellschaft vielmehr verschiedene (normative) Kommunikationspraktiken und Kriterien zur Verfügung (Tully 2009: 45). Einerseits um den Regierten ein Mitspracherecht und Freiheitsräume aufzuzeigen und andererseits um gewaltfreie Verfahren und Praktiken der Aushandlung für die unabschließ-

baren demokratischen Debatten zur Verfügung zu stellen. Die Philosophie bekommt damit eine Art repräsentative Funktion für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Themen aber

»die Rolle der Theoretiker, Politiker und Richter sowie anderer betroffener Gruppen (besteht) darin, in den Dialog indirekt und auf einer Stufe mit den anderen einzutreten und ihn zu erweitern, indem sie ihre Theorien, Richtlinien und Vorschläge den Teilnehmern der Verhandlung präsentieren und dabei helfen, die Behauptungen der Gerechtigkeit und der Ungerechtigkeit, der Gleichberechtigung und der Diskriminierung zu klären, die von den Mitgliedern vorgebracht werden, die direkt an den Verhandlungen beteiligt sind« (Ebd.102).

Tully wendet sich damit gegen die Vorstellung, es sei möglich, abstrakte allgemeingültige Standpunkte zu entwickeln, welche von der historischen Situation und dem konkreten Kontext unabhängig sind. Er geht vielmehr davon aus, dass Normen das Ergebnis von Verhandlungsverfahren sein sollten, welche auch selbst hinterfragbar bleiben müssen, damit niemand das letzte Wort habe (Ebd. 98). Denn »das letzte Wort« würde bedeuten, die Debatte als beendet zu erklären. Diese machtvolle, abschließende Position darf in einer demokratischen Ordnung, welche sich ihrer Unabschließbarkeit bewusst ist, aber von niemandem eingenommen werden. Sie würde eine Hierarchie herstellen, wo Gleichwertigkeit gefragt ist. Daher fordert Tully, »dass die in einer freien und offenen Gesellschaft existierenden Normen wechselseitiger Anerkennung Raum für öffentliches Hinterfragen lassen müssen, so dass gute Gründe vorgebracht und berücksichtigt werden können« (Ebd.).

Normen wechselseitiger Anerkennung etwa müssen, so Tully, unter Beteiligung aller Betroffenen ausgehandelt und nicht durch Theoretiker:innen oder Richter:innen alleine entwickelt werden, denn im Dialog ändert sich das Verständnis davon, wer wir sind und wer die Interaktionspartner:innen sind und damit ändert sich auch das Normenverständnis (Ebd. 67). Das Prinzip des *audi alteram partem* (höre stets der anderen Seite zu) ermöglicht informiertere und kontextsensiblere Entscheidungen und lässt deutlich werden, warum Debatten in einer Demokratie unabschließbar bleiben müssen. Denn nur wenn Entscheidungen für Hinterfragungen offen bleiben, können sich alle Betroffenen einbringen (Ebd. 87) und den Eindruck gewinnen frei zu sein, insofern sie als Bürger:innen ein Mitspracherecht dabei haben, wie sie regiert werden (Ebd. 49).

Aufgabe der Forschung ist es in einer solchen Gesellschaft die Grenzen und Möglichkeiten der Praxis kritisch zu prüfen und umgekehrt nach der Relevanz der Theorien in der Praxis zu fragen (Ebd. 104). In einer demokratischen Ordnung, in welcher niemandem das Privileg des letzten Wortes zufällt, kann weder die empirische, noch die normative Forschung das letzte Wort einfordern. Die Wissenschaft wird damit zu einer Stimme unter anderen und muss ihren Anspruch auf eine Vormachtstellung aufgeben. Das wirft die Fragen sowohl nach einem anderen Habitus als auch nach anderen Maßstäben auf. Die von Schimank beschriebene Orientierung am binären Code von *richtig* vs. *falsch* muss dabei nicht jegliche orientierende Funktion verlieren, aber die klare Binarität kann nicht aufrechterhalten werden, sondern muss durch weitere Kriterien ergänzt werden, damit der demokratische Charakter sich auch in diesem Kriterium zeigen kann. Dasselbe gilt für die klare Unterscheidung zwischen Untersuchungssubjekt und Untersuchungsobjekt. Jüngere Debatten in der Ethnologie, der postkolonialen Forschung und auch der Flüchtlingsforschung stellen diese traditionellen Grenzziehungen in Frage und suchen nach Möglichkeiten der gemeinsamen Erkenntnisgewinnung. Daher sollte danach gefragt werden, was eine gute sozialwissenschaftliche Praxis innerhalb einer demokratischen Ordnung auszeichnen kann, wenn sie sich auf den demokratischen Dialog mit ihren »Untersuchungsobjekten« einlässt.

5. Kriterien für eine demokratische Forschung zum Phänomen der Flucht

Bei dem im Folgenden skizzierten Vorschlag eines Kriterienkatalogs orientiere ich mich an Kriterien, die sich aus Platons Apologie des Sokrates (2016) und Theaitetos (1958) gewinnen und mit modernen Theoriekonzepten ergänzen lassen. Platons Überlegungen bieten sich für eine Illustration an, weil die einzelnen Kriterien, die später in modernen Theorien oft in kleinteiligen Studien einzeln ausgearbeitet werden, noch in einer übersichtlichen Art versammelt sind. Um dem:r Leser:in Längen zu ersparen, werde ich die Vorstellung der einzelnen Kriterien auch gleich nutzen, um Überlegungen zu einer zukünftigen Forschung zum Phänomen der Flucht anzustellen.

5.1 Erstes Kriterium: Überprüfung der Motivation

»Ich schätze und verehere euch, ihr Männer von Athen, doch gehorchen werde ich eher dem Gotte als euch und, solange ich atme und dazu im stande bin, nimmer aufhören, zu philosophieren und auf euch einzureden und jedem von euch, den ich treffe, ins Gewissen zu reden, indem ich in meiner gewohnten Art zu ihm sage: Mein Bester, du bist Athener, ein Bürger der größten und durch Bildung und Macht berühmtesten Stadt, und du schämst dich nicht, dich darum zu kümmern, wie du zu möglichst viel Geld und wie du zu Ehren und Ansehen kommst, doch um die Vernunft und die Wahrheit und darum, daß du eine möglichst gute Seele hast, kümmerst und sorgst du dich nicht? Und wenn einer von euch das bestreitet und sagt, er kümmere sich darum, dann werde ich ihn nicht gleich laufen lassen und weggehen, sondern ihn fragen und prüfen und ausforschen, und wenn ich den Eindruck bekomme, daß er keine Tugend besitzt, obwohl er's behauptet, dann werde ich ihm den Kopf zurechtsetzen, weil er das Wertvollste am niedrigsten einschätzt und das Minderwertige höher. Und das werde ich bei Jüngeren und Älteren tun, wie ich sie treffe, und bei Fremden und Einheimischen« (Platon 2016: 49).

Als wichtiger Maßstab für eine gute Gesellschaftskritik dient Sokrates die Motivation. Er führt die Sorge um die Vernunft, die Wahrheit und die eigene Seele als wichtige Motivation an, welche sich von der Kritik als Selbstzweck unterscheidet. Diese Sorge, die etwas anderem gilt als Geld und Ansehen, findet sich auch in den kommunitaristischen Überlegungen Michael Walzers in der Sorge um das Recht auf Selbstbestimmung (2006: 83) oder den republikanischen Überlegungen Hannah Arendts und der Sorge um eine gewaltfreie demokratische Gemeinschaft (2007) wieder. Allerdings treibt Arendt weniger die Sorge um die Vernunft oder Wahrheit als Wert an sich um, als vielmehr die Sorge um die Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist sowohl für Arendt als auch für Walzer vielmehr der Ort, welcher dem Individuum ein politisches und damit möglichst freies und gutes Leben ermöglicht. In der Sorge des:r Gesellschaftskritiker:in um die Gesellschaft spiegelt sich die Verantwortung, welche der:die Gesellschaftskritiker:in für die Gesellschaft übernimmt. Indem sich die Gesellschaftskritik aktiv mit der Gesellschaft auseinandersetzt, wird sie ein Teil der Gesellschaft, selbst dann, wenn sie von ihr zurückgewiesen wird. Sie ist damit Teil einer politischen Gemeinschaft und muss sich in dieser positionieren. Dies kann sie tun, indem sie objektive Geltungsansprüche erhebt und damit Herr-

schaftspraktiken legitimiert oder in Frage stellt, oder indem sie wie Tully vorschlägt ihren Geltungsanspruch als ein Angebot an die Bürger:innen versteht Kommunikationsverfahren und Kriterien zur Verfügung zu stellen, welche mit der Sorge um die demokratische Gesellschaft korrespondieren.

Für die Forschung zum Phänomen Flucht bedeutet das, dass es lohnenswert ist, sich Gedanken darüber zu machen, was es bedeutet, wenn die Motivation für die Forschung aus Tauschgeschäften resultiert wie sie sich Schimank vorstellt und/oder von Überlegung getragen wird, welche den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Wohl der Geflüchteten ins Zentrum stellen. Vor allem der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bereits ein Thema in der Debatte, welcher meist angeführt wird, um auf die Leistungsgrenzen von Gesellschaften hinzuweisen (Walzer 2006: 87). Dass dieses Argument die Debatte nicht beendet, indem argumentiert wird, dass die Leistungsgrenze überschritten ist, dafür sorgt zum einen, dass es schwer werden dürfte diese Grenze mit objektiven Kriterien zu beschreiben und zum anderen der zweite Maßstab der gesellschaftsrelevanten Forschung, welcher dafür sorgt, dass die bisherigen Herrschaftsstrukturen nicht den Blick für neue Lösungsansätze verstellen.

5.2 Zweites Kriterium: Objekte der Kritik

Wie das obige Zitat zeigt, fordert Sokrates die kritische Hinterfragung ausnahmslos aller Gesellschaftsmitglieder und auch der Kritiker:innen selbst. Es gibt keine gesellschaftliche Instanz, welche sich der Analyse oder Kritik entziehen kann. Analog zu Sokrates fordern z.B. auch die entkolonisierenden Theorien die Philosophie als kritische Praxis zu verstehen, welche zum Hinterfragen anregt und davon absieht, Herrschaftsstrukturen zu stabilisieren (Mignolo 2012: 75). Für die Forschung zum Phänomen der Flucht könnte das bedeuten, dass die Forschung die Rolle *aller* Betroffenen hinterfragt und Zusammenhänge aufzeigt: Beispielsweise die Zusammenhänge von außenpolitischen Entscheidungen und Fluchtursachen oder auch die tradierten Formen der Grenzziehung, wie dies etwa Julia Schulze-Wessel in ihrer Forschung nahe legt (2017, s. auch Beitrag in diesem Band). Dabei würden nationale oder transnationale Grenzziehungen nicht einfach als gegeben hingenommen, sondern nach ihrer demokratischen Legitimation befragt werden. Die Geschichte tradierter Herrschaftsstrukturen etwa zwischen Ländern des Südens und Ländern des Nordens würden analysiert

und aufgearbeitet und einer Auseinandersetzung auf der Basis der Gleichwertigkeit aller Menschen⁴ zugeführt werden.

Damit aber nicht der Eindruck entsteht, dass umfassende Analysen ein objektives Ergebnis liefern würden, welches dann als Basis für politisch unproblematische, weil wissenschaftlich abgesicherte, Entscheidungen genommen werden könnte, ist der dritte Maßstab der gesellschaftsrelevanten Forschung wichtig.

5.3 Drittes Kriterium: Beziehung zwischen dem Objekt der Kritik und dem:r Kritiker:in

Aufgabe einer demokratischen (Sozial-)Forschung ist es nicht, ein Urteil über ihre Untersuchungsobjekte zu fällen oder sie zu belehren, sondern im Austausch mit ihnen zur Reflektion anzuregen. Ein weiterer und vielleicht der wichtigste Maßstab, auf welchen Sokrates verweist, ist daher die Beziehung des:r Kritiker:in zu den Kritisierten. Sokrates sieht hier keine hierarchische Lehrer-Schüler-Beziehung als vielmehr eine Beziehung, in welcher es darum geht, wechselseitig zur Reflexion anzuregen und damit neue Verhaltensweisen anzustoßen und so Geburtshilfe für neue Ideen und Werte zu leisten.

Wichtige Theoretiker:innen, welche sich mit dieser Frage auseinandergesetzt haben sind Rancier (2007; 2009), Paolo Freire (1998) und Spivak (2008). Sie suchen nach einer neuen Art (pädagogischer) Beziehung, welche die Entstehung neuer Erkenntnisse von hierarchischen Beziehungen unabhängig ermöglicht und den demokratischen Charakter von Erkenntnisgenerierung herausstellt. Während Rancier dabei die intellektuelle Gleichheit aller verteidigt und die Machthierarchie zwischen Lehrer:in und Schüler:in hinterfragt und schließlich in der Beobachterrolle die Möglichkeit zur Emanzipation sieht (2009: 4), verlangt Freire (1998) nach einer dialogischen und anerkennenden Interaktion zwischen den Sprechenden.

Die Forschung zu Fluchtphänomenen und den Umgang damit, kann analog zur Entkolonialisierung der Stadtforschung⁵ über eine Auseinandersetzung mit post- und entkolonisierenden Theorien stattfinden, sie kann aber insbesondere auch über die Einbeziehung der Geflüchteten in die Forschung die Perspektiven der Geflüchteten in die Debatten einbringen,

4 Nicht nur der Menschen aus Ländern des Nordens wie dies in der Vergangenheit häufig der Fall war (Quijano 2005).

5 Siehe hierzu etwa Lanz (2015).

insofern sie die in den postkolonialen Theorien insbesondere von Spivak (2008) beschriebenen Repräsentationsproblematiken beachtet und die Annahme zulässt, dass es darum geht Lösungsansätze zu finden, die möglichst gerecht und im Sinne aller Betroffenen sind.

Eine neue, nicht-hierarchische Beziehung zwischen dem »Objekt« der Forschung und dem:r Kritiker:in lässt Infragestellungen erwarten, welche zur Bestätigung tradierter Praktiken und Werte aber auch zu deren Auflösung führen können. Daher bezieht sich der vierte Maßstab einer guten gesellschaftsrelevanten Forschung auf die kritische Analyse alter Werte und Praktiken, welche im Austausch mit den Betroffenen erfolgt.⁶

5.4 Viertes Kriterium: Kritische Analyse alter Werte und Praktiken

»So bin ich denn, ihr Männer von Athen weit davon entfernt, für mich selbst einzutreten (...); ich trete vielmehr für euch ein, daß ihr euch nicht an eurer Gottesgabe versündigt, indem ihr mich verurteilt. Denn wenn ihr mich tötet, dann werdet ihr nicht leicht einen anderen finden, der gleichsam (...) durch göttlichen Ratschluß der Stadt beigegeben ist wie einem großen edlen Pferde, das indes wegen seiner Größe etwas träge ist und von einem Sporn angestachelt werden muß, – so, glaube ich, hat mich der Gott dieser Stadt beigegeben: als jemand, der euch unentwegt aufrüttelt und mahnt und schilt – jeden einzelnen von euch, indem er den lieben langen Tag überall an euch herantritt« (Platon 2016: 53).

Im Anschluss an Platons Apologie lässt sich argumentieren, dass es die Aufgabe einer demokratischen Forschung werden könnte kritische Verfahren aufzuzeigen, welche dabei helfen, alte Werte, Traditionen und Praktiken zu überprüfen. Die kritische Prüfung tradierter politischer und/oder wissenschaftlicher Praktiken lässt sich mit Kriterien aus den Überlegungen zur Genealogie und Kritik von Foucault (1991), Tully (2009), Brown (2015) und Laclau/Mouffe (2006) oder Walzer (1993) weiter spezifizieren. Ziel sollte es jedoch nicht sein *ein* Verfahren der Kritik herauszustellen, sondern auch hier für verschiedene Ansätze und Perspektiven offen zu bleiben. So sollte die Flüchtlingsforschung verschiedene kritische Perspektiven abbilden und etwa auch Fragen danach aufwerfen, ob die tradierten nationalstaatlichen

6 Dass partizipative Forschungsansätze auch in anderen Bereichen der Wissenschaft langsam angegangen werden, aber eigentlich längst überfällig sind, zeigen auch die Überlegungen in Veciana und Neubauer (2016).

Denkkategorien und politischen Ordnungen unserer globalisierten Realität noch entsprechen. Dabei geht es vor allem darum, Denkooptionen zu eröffnen und gegeneinander abzuwägen anstatt von der Unveränderlichkeit gegebener Strukturen auszugehen.

5.5 Fünftes Kriterium: Ermöglichung der Entwicklung neuer Werte und Praktiken

»Das Größte aber an unserer Kunst (der Hebammenkunst) ist dieses, daß sie imstande ist zu prüfen, ob die Seele des Jünglings ein Trugbild und Falschheit zu gebären im Begriff ist oder Fruchtbare und Echtes« (Platon Theaitetos 1958: 115).

Dieser Punkt muss gesondert aufgegriffen werden, denn die Entstehung neuer Werte folgt nicht automatisch aus der Kritik alter Werte. Eine demokratische Forschung darf nicht nur durch kritische Analysen zur Auflösung tradiertter Werte und Praktiken beitragen, sondern sie hat auch eine Verantwortung für die Generierung neuer demokratischer Werte und Praktiken. Daher muss sie danach fragen, welche politischen Urteilspraktiken oder Entscheidungsfindungsverfahren zur Genese von neuen Werten beitragen können. Wie können neue Ideen entstehen und wie kann darüber geurteilt werden, ob es sich dabei um gute oder schlechte Ideen handelt? Diese Frageperspektive verlangt nach einer Auseinandersetzung mit den Praktiken des demokratischen Urteilens und demokratischen Grundprinzipien wie sie etwa Arendt eingefordert hat.

Für die Flüchtlingsforschung würde die Frage nach neuen Werten bedeuten, sich nicht nur mit der Frage auseinanderzusetzen, wie auf das Phänomen der Flucht und Migration mit bereits bestehenden Rechtsnormen und deren (Um-)Interpretation und Erweiterung reagiert werden kann, sondern auch danach zu fragen, ob die tradierten Werte und Rechtsnormen in ihrer Ausrichtung der demokratischen Idee noch gerecht werden, oder ob eine ernstgemeinte Orientierung an den *Menschenrechten* nicht nach einer neuen Perspektive wie etwa der menschlichen Gemeinschaft verlangt, wie sie James Bohman (2010: 127) vorgeschlagen hat oder nach einer erneuten Diskussion der Frage, was eine:n Bürger:in zur:m Bürger:in macht (Isin 2008). Dass es immer Menschen sind, welche anderen Menschen den Schutz der Menschenrechte gewähren oder absprechen, hat Arendt in ihren Schriften zum menschlichen Handeln und zu Flucht deutlich gemacht. Bohmann zieht daraus den Schluss, Flucht- und Migrationsphäno-

mene nicht vom Standpunkt von Nationalstaaten aus zu denken, sondern vom Standpunkt einer menschlichen Gemeinschaft aus, und so auch die Schutzmechanismen in einer menschlichen Gemeinschaft zu verankern (Bohmann 2010). In diese Richtung weisen auch die Überlegungen Engin Isins, welcher die Frage untersucht, mit welcher Legitimation der Status als Bürger:in an der Staatsbürgerschaft festgemacht wird, und nicht etwa an der Frage wie sehr sich eine Person für die Gesellschaft engagiert.

An der Entstehung von neuen Werten und Normen mitzuwirken ist, gleich, ob es mittels einer kritischen Analyse des Ist-Zustands oder einer substantiellen Forderung geschieht immer in einem gewissen Sinne normativ, denn implizit oder explizit kommt dabei zum Ausdruck, welcher Zustand abgelehnt und welcher gewünscht wird. Solange die wissenschaftlichen Perspektiven dabei als eine Stimme unter vielen auftreten und keinen Letztgültigkeitsanspruch erheben, ist dies mit einer demokratischen Ordnung, in welcher die Stimmen und Positionen aller Bürger:innen zählen, besser vereinbar als Tauschgeschäfte mit den Ressourcenstarken allein, denn es wird offengelegt, wessen Interessen aus welchen Gründen heraus vertreten werden, und keine Partei oder gesellschaftliche Gruppe hat das Privileg des letzten Wortes, welches die Debatten dauerhaft beenden würde.

6. Fazit

Berücksichtigt man die vorgeschlagenen Maßstäbe, ist das Ergebnis sicherlich eine vielstimmige und teilweise auch in ihren Forderungen stark normative Wissenschaft, die sich nicht auf einen objektiven Wahrheitsanspruch stützen kann und sich daher auf einer Stufe mit den anderen gesellschaftlichen Instanzen auf den Dialog über das Phänomen Flucht einlassen müsste. Gewinnen würde sie dadurch aber eine repräsentative Funktion für alle Teilsysteme der Gesellschaft, welche mit dem authentischen Einsatz für eine gesellschaftliche Gruppe oder Position und neuen Anerkennungsmöglichkeiten in der Gesellschaft einhergehen könnte. Sie wäre eine von vielen wichtigen Stimmen und könnte zusammen mit anderen Gesellschaftsmitgliedern Normen und Handlungsanleitungen entwickeln und ihre demokratische Legitimation dadurch stärken, dass sie glaubhaft dazu beiträgt, dass die Perspektiven aller Beteiligten in den wissenschaftlichen und den gesellschaftlichen Diskurs einfließen. Für die Gesellschaft selbst könnte es zur Folge haben, dass nicht nur jenen Teilsystemen und gesellschaftlichen Gruppen ein Tauschgeschäft mit der Wissenschaft ermöglicht werden wür-

de, welche die Ressourcen dafür haben, sondern Wissen und die Wissensproduktion könnte für alle (auch die bisher weitgehend ausgeschlossenen) Teilsysteme und gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung gestellt werden. Die Flüchtlingsforschung und auch andere Bereiche der sozialwissenschaftlichen Forschung müssten so ihre Normativität nicht leugnen, sondern könnten sie offenlegen und verantwortungsvoll und Zugunsten einer Entwicklung neuer Normen in die öffentlichen Debatten einbringen.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (2007), *Vita activa. Oder vom tätigen Leben*, München.
- Bohman, James (2010), *Democracy across Borders*, Cambridge.
- Brown, Wendy (2015), *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin.
- Castles, Stephen (2003), *Towards a Sociology of Forced Migration and Social Transformation*, in: *Sociology*, 37 (1), 13–34.
- Freire, Paulo (1998), *Pädagogik der Unterdrückten*. Übersetzt von Ernst Lange et al., Hamburg.
- Foucault, Michel (1991), *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt (Main).
- Gurland, Arcadius R.L. (1952), Politische Wirklichkeit und politische Wissenschaft, in: Ders. (Hrsg.): *Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik*, Berlin, 9–38.
- Habermas, Jürgen (1973), *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt (Main).
- Isin, Engin (2008), Theorizing Acts of Citizenship, in: Isin, Engin/Nielson, Greg (Hrsg.), *Acts of Citizenship*, London, 15–43.
- Kleist, J. Olaf (2015), Über Flucht forschen. Herausforderungen der Flüchtlingsforschung, in: *Peripherie* 35 (138/139), 50–169.
- Knobloch, Jörn (2016), *Normativität und Know-how Politischer Ordnung*, Weilerswist.
- Laclau, Ernesto (2006), Ideology and post-Marxism, in: *Journal of Political Ideologies*, 11 (2), 103–114.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006), *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien.
- Landau, Lauren B. (2012), Communities of Knowledge or Tyrannies of Partnership: Reflections on North-South Research Networks and the Dual Imperative, in: *Journal of Refugee Studies*, 25 (4), 555–570.
- Lanz, Stephan (2015), Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren, in: *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung*. Bd. 3, Heft 1. S. 75–90.
- Mignolo, Walter (2012), *Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne. Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität*. Wien.
- Möllers, Christoph (2015), *Die Möglichkeit der Normen*. Berlin.

- Niesen, Peter (2007), Politische Theorie als Demokratiewissenschaft, in: Buchstein, Hubertus/ Gähler, Gerhard (Hrsg.), *Politische Theorie und Politikwissenschaft*. Wiesbaden, 126–155.
- Platon (2016), *Apologie des Sokrates*. Reclam. Herausgegeben und übersetzt von Manfred Fuhrmann. Stuttgart.
- Platon (1958), *Theaitetos*, in: *Sämtliche Werke*, Bd. 4. Herausgegeben von Walter F. Otto, Ernesto Grassi und Gert Plamböck, Hamburg.
- Quijano, Aníbal (2005), Don Quijote y los molinos de viento en America Latina, in: *Libros Y Artes, Revista de Cultura de la Biblioteca Nacional del Perú*, 10, 14–16.
- Rancier, Jacques (2007), *Der unwissende Lehrmeister*. Übersetzt von Richard Steurer, Wien.
- Rancier, Jacques (2009), *The Emancipated Spectator*, London.
- Richter, Hedwig (2016), *Mythen der Migrationsforschung. Die Realität kann sie nicht stoppen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.6.2016. Online verfügbar unter: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/die-realitaet-kann-sie-nicht-stoppen-mythen-der-migrationsforschung-14260879.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (12.12.2017).
- Scherr, Albert (2016), Systemtheoretische Differenzierungstheorie als kritische Gesellschaftstheorie, in: Bittlingmayer, Uwe H. et al (Hrsg.), *Handbuch Kritische Theorie*, Wiesbaden. S. 2–23.
- Schimank, Uwe (2012), Wissenschaft als gesellschaftliches Teilsystem, in: Maasen, Sabine et al. (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*, Wiesbaden, 113–123.
- Schulze-Wessel, Julia (2017), *Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings*. Bielefeld: Transcript.
- Spivak, Gayatri (2008), *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien.
- Tully, James (2009), *Politische Philosophie als kritische Praxis*, Frankfurt (Main).
- Veciana, Stella/Neubauer, Claudia (2016), *Demokratisierung der Wissenschaft. Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte partizipative Forschung*, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, mitarbeiten.skript Nr. 10.
- Walzer, Michael (1993), *Kritik und Gemeinsinn*, Frankfurt (Main).
- Walzer, Michael (2006), *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt (Main).
- Zetter, Roger (1991), Labelling Refugees. Forming and Transforming a Bureaucratic Identity, in: *Journal of Refugee Studies*, 4(1), 39–62.